



KANTONSratsPROTOKOLL

Sitzung vom 16. September 2019
Kantonsratspräsident Josef Wyss

P 31 Postulat Zemp Gaudenz und Mit. über das Fördern der Möglichkeit von CO₂-Zielvereinbarungen für KMU durch Zusammenschlüsse / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.
Gaudenz Zemp zieht sein Postulat zurück.

Gaudenz Zemp: Freiwillige Zielvereinbarungen von Unternehmen zur CO₂-Reduktion sind eine Erfolgsgeschichte. Die Energieagentur der Wirtschaft hat vorletzte Woche umfassend darüber informiert. Es handelt sich um einen der wenigen Umweltschutzbereiche, wo die gesteckten Ziele über die letzten sieben Jahre betrachtet sogar übertroffen wurden. Der Schwellenwert für eine Zielvereinbarung liegt bei 100 Tonnen CO₂ pro Jahr. Wegen dieser hohen Menge werden die Zielvereinbarungen von Grossunternehmen genutzt, sie würden aber auch kleinen und mittelgrossen Unternehmen offenstehen. Die kleinen Unternehmen müssten sich zusammenschliessen, damit sie das nötige Volumen erreichen. Heute beträgt die CO₂-Abgabe 96 Franken pro Tonne CO₂. Bei einer Zielvereinbarung werden für 100 Tonnen 9600 Franken zurückerstattet. Der Aufwand für die KMU, um die gemeinsame Zielvereinbarung zu fixieren, liegt im Durchschnitt bei 2000 bis 3000 Franken. Die Differenz von bis zu 7000 Franken kann für die KMU durchaus lohnenswert sein. Natürlich gilt es, die nötigen Investitionen auszuführen und Massnahmen umzusetzen, diese sind aber mittel- und langfristig wirtschaftlich und rechnen sich. Die FDP hat den Eindruck erhalten, dass der Kanton trotzdem unterstützend aktiv werden könnte. Mit dem vorliegenden Postulat haben wir eine entsprechende Prüfung gefordert. Die Stellungnahme der Regierung zeigt, dass das nicht möglich ist. Wir haben die Stellungnahme der Regierung mit der Energieagentur der Wirtschaft besprochen, sie teilt leider weitgehend die Haltung der Regierung. Aus diesem Grund ziehe ich mein Postulat zurück. Stattdessen prüfen wir, wie wir seitens der Wirtschaftsverbände die Gruppenbildung der KMU unterstützen können. In diesem Zusammenhang treten wir mit der Regierung wieder in Kontakt, um eine mögliche Anschubfinanzierung seitens des Kantons über den Kantonalen Gewerbeverband (KGL) und die Industrie- und Handelskammer Zentralschweiz (IHZ) zu besprechen.